

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## RUSSLAND, SERBIEN, KOSOVO AM VORABEND DES PRÄSIDENTENWECHSELS

■ ANALYSE	
Russlands Stimme ertönt in Serbien	2
Dušan Reljić, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Der Kosovo und die russische Öffentlichkeit	5
Russen über die Unabhängigkeit des Kosovo	5
Kosovo, Russland und die »eingefrorenen Konflikte«	7
Kosovo, Serbien und die EU	8
■ UMFRAGE	
Am Vorabend des Präsidentenwechsels	10
Putin und Medwedew	10
Der Parteitag von »Einiges Russland«: Eine Bilanz	12
Putin und das »Einige Russland«	14
Welche Aufgaben soll der künftige Präsident lösen?	16
■ CHRONIK	
Vom 16. April bis zum 1. Mai 2008	19



## Analyse

# Russlands Stimme ertönt in Serbien

Dušan Reljić, Berlin

## Zusammenfassung

Die derzeitige Stärkung des russischen Einflusses in Südosteuropa und insbesondere in Serbien beruht auf zwei Pfeilern: Zum einen verfügt Belgrad über keinen anderen relevanten politischen Verbündeten auf der internationalen Szene nachdem sich der Westen, unter der Regie der USA, auf die Seite der Albaner im Konflikt ums Kosovo gestellt hat. Zum anderen wird Moskau durch den Bau der »South Stream« Erdgasleitung, die auch durch Serbien führen soll, für die Energiesicherheit in der Region zum entscheidenden Faktor. Zugleich ist das Verhältnis Belgrads zu Washington so schlecht wie zuletzt nur 1999, als die USA die NATO-Bombardierung Serbiens in Gang setzten. Ebenso ist das Verhältnis Serbiens zur EU in eine Sackgasse geraten: Weder kann Belgrad weitere vertragliche Beziehungen mit Brüssel eingehen, ohne den Anspruch auf Kosovo fallen zu lassen, noch können die meisten Staaten der EU von ihrer Anerkennung der Sezession Kosovos abrücken.

## Russland und Serbien – keine einfache Geschichte

Die Stimmen des orthodoxen Russlands werden im kommenden Juli in ganz Serbien ertönen. So sieht das zwischenstaatliche Abkommen vor, das Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde. Drei »Top-Chöre« aus Moskau und eine Anzahl russischer Solisten werden mehrere serbische Städte bereisen und unter freiem Himmel und kostenlos ihren Gesang darbieten. Gefördert werden die Auftritte, im Sinne der Pflege der traditionellen »kulturellen und geistigen Verbindungen«, vom Moskauer Internationalen Fonds für die Einheit orthodoxer Länder.

So viel Verbundenheit zwischen Belgrad und Moskau gab es schon seit 1948 nicht mehr. Damals hatte Stalin das kommunistische Jugoslawien mit seinem Anathema belegt, als sich Tito der Unfehlbarkeit Moskaus nicht unterordnen wollte. Fortan ging es Belgrad und Moskau im gegenseitigen Verhältnis lediglich um die Wahrung ihrer eigenen, oft gegensätzlichen Interessen: Russland war der östliche Hegemon und Belgrad gehörte zu den Pionieren der blockfreien Bewegung. Von Förderung der »geistigen Verbindungen« und anderen besonderen Gefühlen war nicht die Rede. Im Gegenteil, die Jugoslawische Volksarmee, lange Zeit die viertgrößte militärische Kraft in Europa, übte fleißig nicht nur die Verteidigung der westlichen sondern auch der östlichen Grenzen. Zugleich konnte Jugoslawien auf Kredite und Waffen von beiden Blöcken rechnen. Im Kalten Krieg war es Moskau und Washington daran gelegen, Jugoslawien an die andere Seite »nicht zu verlieren«. Die Stabilität Jugoslawiens war für die Statik Europas, wie es Mitte der achtziger Jahre der damalige deutsche Kanzler Helmut Kohl beschrieb, von entscheidender Bedeutung.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Untergang des Warschauer Pakts veränderte sich die Statik Europas – und somit stand die Stabilität Jugoslawiens auf einmal zur Disposition. Der Westen fand Verbündete in den früheren Kommunisten Sloweniens und Kroatiens, die ruckartig zu Demokraten mutierten. Moskau setzte auf den serbischen Despoten Slobodan Milošević. Im Verlauf der jugoslawischen Nachfolgekriege (Slowenien 1991 bis Mazedonien 2001) musste jedoch Russland die enttäuschende Erfahrung machen, dass es nicht über das politische und militärische Potenzial verfügt, seine Macht in diesen Teil Europas zu projizieren. Während des langen Jahrzehnts der Konflikte war Moskau andauernd bemüht, Einfluss auf die diplomatischen und militärischen Maßnahmen zu erlangen, mit denen externe Akteure auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien intervenierten. In der Regel konnten die USA ihren Willen durchsetzen, selten mit Rücksicht auf die Partner in der EU oder gar auf Russland. Die Frustration Moskaus erreichte im Frühjahr 1999 einen Höhepunkt, als die USA sich über alle Proteste Russlands hinwegsetzten und Serbien über drei Monate lang von der NATO bombardieren ließen.

## Russische Erfahrungen und westliche Ignoranz

Russlands Erfahrung in Südosteuropa verbitterte Wladimir Putin: Wer schwach ist, erfuhr er, wird von den Starken geschlagen und getreten. Die Schlussfolgerung für den Kreml war klar: Nie wieder sollte Russland schwach sein wie in der Zeit Boris Jelzins. Gerade weil Russland im Jahre 1999 so kläglich daran gescheitert war, die USA davon abzubringen, die NATO-Kriegsmaschinerie gegen Serbien einzusetzen, wurden die

diplomatischen Auseinandersetzungen seit dem Herbst 2005 um den zukünftigen Status der serbischen Provinz Kosovo zu einem vordringlichen Thema für Moskau. Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum spielen in diesem Zusammenhang für Moskau eine zweitrangige Rolle. Es geht Russland vor allem darum, sich auf gleicher Augenhöhe mit den USA auf der weltpolitischen Szene anerkannt zu sehen.

Seltsamerweise wurde die offen zutage liegende Empfindlichkeit Moskaus in Bezug auf das Kosovo-Thema von westlichen Diplomaten nicht zur Kenntnis genommen. Der Finne Martti Ahtisaari und sein österreichischer Stellvertreter Albert Rohan winkten nur ab, als sie gefragt wurden, ob sie tatsächlich erwarteten, dass Moskau ohne weiters ihrem Plan für Kosovo zustimmen wird. Als UN-Unterhändler hatten sie dem Drang der Kosovo-Albaner nach Sezession entsprochen, indem sie einen Plan zur »beaufsichtigten Unabhängigkeit« der Provinz Anfang 2007 vorlegten. Dabei hatten Präsident Putin und sein Außenminister Sergej Lawrow schon ein Jahr früher, nach Gesprächen mit der ranghohen US-Diplomatin Rosemary DiCarlo im Kreml, Russlands Position mit aller Deutlichkeit bekundet: Für Moskau komme nur eine von Serben und Albanern einvernehmlich erreichte Regelung für Kosovo in Frage. Mit anderen Worten, für Russland war zu keinem Zeitpunkt die Abtrennung Kosovos gegen den Willen Belgrads eine annehmbare Option.

Zwar bezeichnete nachträglich der US-Chefunterhändler für Kosovo, Robert Wisner, die Weigerung Russlands die Washingtoner Linie in Bezug auf Kosovo zu folgen als »unbelievably regrettable«, aber die USA wichen in ihrer Unterstützung für die albanische Sache in Südosteuropa keinen Zoll zurück – genauso wenig, wie in allen anderen aktuellen Streitthemen mit Moskau. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit seitens der Kosovo-Albaner am 17. Februar dieses Jahres bot Wisner in mehreren Interviews eine Auslegung der US-Haltung an. Die Kosovo-Frage sei für Washington deswegen wichtig, weil die USA auch für die Sicherheit Europas verantwortlich wären. Russland hingegen, so der lang gediente Diplomat, habe keine derartigen Interessen, es sei nicht einmal ein Nachbar Serbiens, sondern im Gegenteil, weit von Serbien entfernt. Russland und die USA sollten nicht versuchen in die »Vorhöfe« der anderen Seite einzudringen. Moskau versuche aber in Kosovo sich Zutritt zu verschaffen, so dass die USA zeigen werden, dass man so ein Einrücken nicht annehmen werde.

### Europas Sicherheit

Wisners geografische Einlassungen sind insofern problematisch, da die USA weitaus entfernter vom Balkan sind als Russland, doch ist seine Direktheit erhel-

lend: In der Sicht der USA ist Russland in Sicherheitsfragen offenbar nicht gefordert, wenn es um europäische Angelegenheit geht. Die Angebote aus dem *State Department* an die Adresse Moskaus beziehen sich auf mögliche gemeinsame sicherheitspolitische Vorhaben im Bezug auf Afghanistan oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, also auf Gebieten, wo ein US-Interesse vorliegt. Aber eben nicht auf Kosovo, oder die Aufstellung von Raketensystemen in Ostmitteleuropa, oder andere Themen, wo, nach der Auffassung Washingtons, Moskau keine Interessen besitzen könnte oder sollte.

Zweifelsohne: Wäre Russland tatsächlich ein Nachbar Serbiens, oder wenn zumindest zwischen Russland und Serbien befreundete Staaten vorhanden wären, die, sollte es notwendig werden, russische militärische Hilfe an Belgrad zulassen würden, dann hätte weder 1999 die NATO-Intervention gegen Serbien noch 2008 die westliche Anerkennung der Sezession der Kosovo-Albaner stattgefunden. Indes, die USA hatten vorgesorgt, wie Moskau schon 1999 schmerzhaft feststellen musste. Die neuen NATO-Mitglieder Rumänien und Ungarn verweigerten damals den Flugzeugen mit Verstärkung für russische Truppen, die den Flughafen Pristina vor der Ankunft der NATO-Truppen eingenommen hatten, die Überflugrechte. Moskaus Überraschungszug, der den Ausgang der NATO-Intervention gegen Serbien zumindest korrigieren sollte, endete in Demütigung: Russische Soldaten auf dem Flughafen Slatina erhielten keinen Nachschub, so dass Russland nach wenigen Wochen seine Truppen in Kosovo dem NATO-Kommando unterstellen musste. Im Jahre 2003 zog Putin die letzten Einheiten aus Bosnien und Kosovo zurück mit der Begründung, dass Moskau die falsche westliche Politik in diesen Krisengebieten nicht mittragen wolle.

Obendrein gab es zu diesem Zeitpunkt in der Region kaum noch politische Flächen, auf die Moskau Einfluss übertragen werden konnte: Russland hatte nach dem Sturz des Regimes Milošević in Serbien keine geeigneten Verbündeten mehr. Selbst die national-konservativen Kräfte hatten noch vor den Augen, wie am 5. Oktober 2000, als Milošević von seiner Polizei und der Armee fallen gelassen wurde, Moskaus Gesandte den Wahlsieger Vojislav Koštunica davon zu überzeugen versuchte, doch einen Kompromiss mit dem alten Regime einzugehen. Miloševićs Bruder (früher sein Botschafter in Moskau), Frau und Sohn genießen bis zum heutigen Tag Asyl in Moskau. Unbehelligt geblieben sind auch serbische Geheimdienstler und Armeegeneräle, die nach dem Sturz des Despoten in Russland Unterschlupf gefunden haben. Dies ist eine klare Warnung an die pro-westlichen Kräfte in Belgrad: Moskau hält diesen Personenkreis in Reserve für den Fall, dass

sich die Machtverhältnisse in Serbien zugunsten der Anhänger des alten Regimes wieder verschieben.

### EU – Serbien – Russland

Nach den Parlaments-, Provinz- und Lokalwahlen in Serbien am 11. Mai könnte es soweit sein. Es besteht durchaus die Aussicht, dass acht Jahre nach dem Sturz Miloševićs seine politischen Nachfolger ihre Chance bekommen. Die westliche Vorgangsweise in der *causa* Kosovo hat den proeuropäischen Kräften die politische Geschäftsgrundlage entzogen: Zwar hat Präsident Boris Tadić (Demokratische Partei – DS) nach seinem hauchdünnen Sieg am 3. Februar 2008 gegen den national-populistischen Gegner Tomislav Nikolić (Serbische Radikale Partei – SRS) auf seine Fahne sowohl den EU-Beitritt wie auch den Erhalt Kosovos in der serbischen Verfassung geschrieben. Diese Position ist indes nicht mehr glaubwürdig, seitdem Paris, London und Berlin Serbien bedeutet haben, dass der EU-Beitritt Serbiens nur bei einem Verzicht auf Kosovo möglich sein wird. Zwar kann diese »Troika« nicht für alle EU-Mitglieder sprechen, da Spanien, Rumänien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern nicht die Absicht haben Kosovo anzuerkennen. Nichtsdestoweniger ist Brüssel, das nach wie vor von einer EU-Beitrittsperspektive für Serbien spricht, in eine Sackgasse geraten: Keine Regierung in Belgrad wird je ein Dokument unterschreiben können, aus dem ihre Anerkennung der Sezession Kosovos hervorgehen könnte. Allerdings: Die Mehrheit der EU-Staaten hat Kosovo anerkannt und deswegen werden diese Staaten keinen Vertrag mit Serbien ratifizieren wollen, in dem der Anspruch auf Kosovo beinhaltet ist.

Die Annäherung Serbiens an die EU scheint somit für eine absehbare Zeit blockiert zu sein – und bei einem politischen Stillstand droht immer auch der Rückfall. Ein sich nicht der EU zubewegendes Serbien wird mehr Nähe zu Russland suchen müssen. Moskau wird nicht müde zu wiederholen, dass Russland, ohne politische Bedingungen zu stellen, Serbien als Freund zu einem der schwierigsten Zeitpunkte in der Geschichte der Nation unterstützt. Russlands NATO-Botschafter Dimitrij Rogosin zeigte sich empört über die westliche »Vergewaltigung Serbiens«, bestätigte aber dass Moskau nach wie vor den EU-Beitritt Serbiens unterstütze, allerdings nicht die Eingliederung in die NATO. Diese Vorlage entspricht auch der Mehrheitsmeinung in Serbien. Deswegen betonen der Populist Nikolić, und auch der politisch dahinsiechende amtierende Ministerpräsident Koštunica, dass sie auf engste Bindungen an Russland setzen, und den EU-Beitritt befürworten, allerdings nur wenn die EU Respekt vor der territorialen Integrität Serbiens zeigt. Da die Auswahl an externen Bündnispartnern für Serbien arg eingeschränkt ist, kann

auch Präsident Tadić die ausgestreckte Hand der »russischen Freunde« nicht abschlagen. Insbesondere weil derzeit ein reales Machtinstrument Moskaus in Südosteuropa Gestalt annimmt.

### Serbien und Gasprom

Als Gegenstück zum deutsch-russischen »North Stream« soll die russisch-bulgarisch-ungarisch-italienisch-serbische Erdgasleitung »South Stream« gebaut werden. Damit Serbien Anschluss an dieses Projekt erhält, musste es Anfang des Jahres im selben Paket das staatliche Erdölunternehmen »NIS« unter dem Preis an »Gasprom« verkaufen. Zwar ist das Geschäft noch nicht endgültig abgeschlossen, da das Parlament Serbiens zwischenzeitlich aufgelöst wurde und deswegen den auch noch nicht fertig ausgehandelten Vertrag absegnen kann, aber es gibt gute Gründe anzunehmen, dass jede zukünftige Regierung in Belgrad dieses Geschäft unterstützen wird. Als Gegenleistung für den Einzug von »Gasprom« erhält Serbien russische Erdöl- und Gaslieferungen langfristig zugesagt. Zudem wird der serbische Fiskus aus Transitgebühren im Rahmen des »South Stream« einnehmen. Schon ist die Rede von weiteren russischen Großinvestitionen nicht nur in Serbien, sondern auch im serbischen Teil von Bosnien-Herzegowina. Derzeit entfallen etwa 60 Prozent des serbischen Außenhandels auf EU-Staaten – der größte Einzelexporteur des Landes heißt »US Steel« (Stahlwerk Smederevo) – während Russland etwa 11 Prozent beansprucht. Die Gewichte könnten sich jedoch jetzt rapide zu Gunsten Russlands verlagern. Insgesamt wird zum ersten Mal nach dem Jahre 1948 Moskau tatsächlich wirtschaftlich, politisch und auch sicherheitspolitisch ein wichtiges Wort in Belgrad und in diesem Teil Südosteuropas zu sagen haben.

### Kosovo und die Folgen

Unter Anleitung der USA hat der Westen die serbischen Standpunkte und Interessen in der Auseinandersetzung um den zukünftigen Status Kosovos unbeachtet gelassen. Die westliche Politik wurde als »alternativlos« dargestellt, womit von vornherein auch die Berücksichtigung russischer Anliegen ausgeschlossen wurde. Man war höchstens bereit, eine gewisse Verlangsamung der Sezession Kosovos hinzunehmen, um es »den Serben erträglicher zu machen«. Diese unnachgiebige Vorgangsweise fußte vermutlich auf der Einschätzung, dass Serbien politisch und militärisch nicht in der Lage ist, dem Westen Schaden zuzufügen. Genauso wenig wurde Russland für fähig gehalten auf dem Schauplatz Kosovo eigene Vorstellungen durchzusetzen. Beide Annahmen erwiesen sich insofern richtig, als mit der Ausrufung der Unabhängigkeit Kosovos vollendete und unumkehrbare Tatsachen geschaffen wurden. Allerdings kon-

zentriert sich jetzt der serbische Widerstand, mit russischer Hilfe, auf den Brennpunkt, wo ein möglicher westlicher »Sieg« in Kosovo durchaus noch mit erheblichen politischen und militärischen Kosten verbunden sein könnte: den fast ausschließlich serbisch besiedelten nördlichen Zipfel der Provinz um die Stadt Mitrovica. Während das *State Department* darauf hingewiesen hat, dass es als Aufgabe der NATO sieht, die »territoriale Integrität« Kosovo zu schützen, verfolgt Belgrad offensichtlich die Taktik die schon bestehende faktische Abtrennung des Norden zu vertiefen, um die Kosovo-Frage nicht ruhen zu lassen. Ein militärisches Durchgreifen der NATO würde mit großer Wahrscheinlichkeit zum Exodus der Serben aus Kosovo und zu erheb-

lichen internationalen Verwerfungen führen. Moskau hat mehrmals die NATO gewarnt, nicht das Mandat der KFOR zu überschreiten.

In jedem Fall gewinnt Russland in diesem Teil Südosteuropas jetzt just jener Rolle, die die USA verhindern wollten: als unumgängliche Schutzmacht der serbischen Interessen – genauso wie die Amerikaner seit Langem als Patron der Albaner handeln. Es bleibt zu sehen, wie im Spannungsfeld zwischen den USA und Russland die EU künftig ihre Rolle als selbst ernannte *driving force* bei der Konflikttransformation in Kosovo und der Region erfüllen wird: Derzeit sieht es weniger nach einem Erfolg versprechenden Einsatz aus, eher scheint eine Achterbahnfahrt bevorzustehen.

#### Über den Autor

Dr. Dušan Reljić ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen

#### Literaturtipps

- Recht und Politik im Kosovo-Konflikt. Ein Online-Dossier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)
- Ivan Krastev: What to do about Russia's newfound taste for confrontation with the West. Brussels Forum Paper Series, March 2008 [http://www.gmfus.org/brusselsforum/2008/doc/krastev\\_web.pdf](http://www.gmfus.org/brusselsforum/2008/doc/krastev_web.pdf)

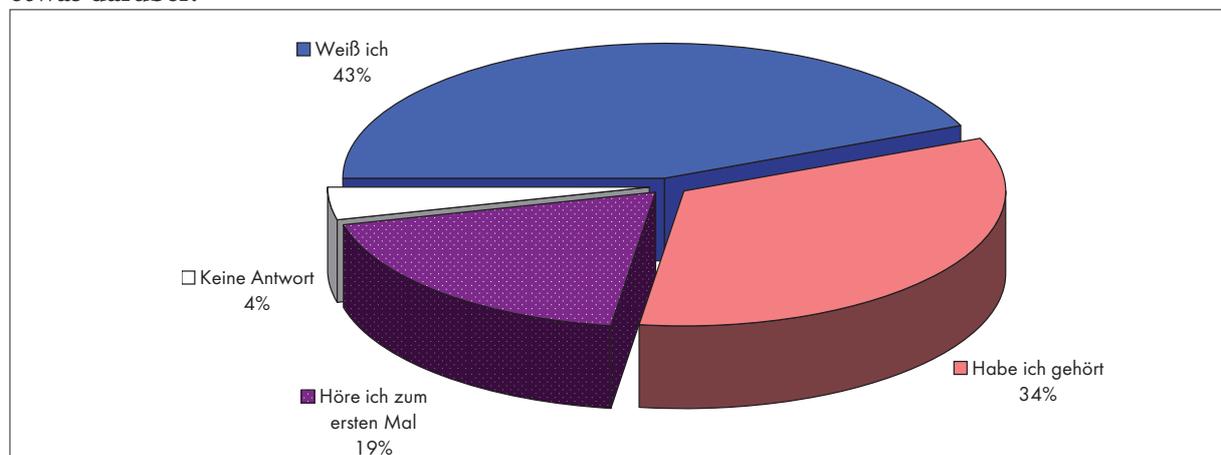
## Tabellen und Grafiken zum Text

### Der Kosovo und die russische Öffentlichkeit

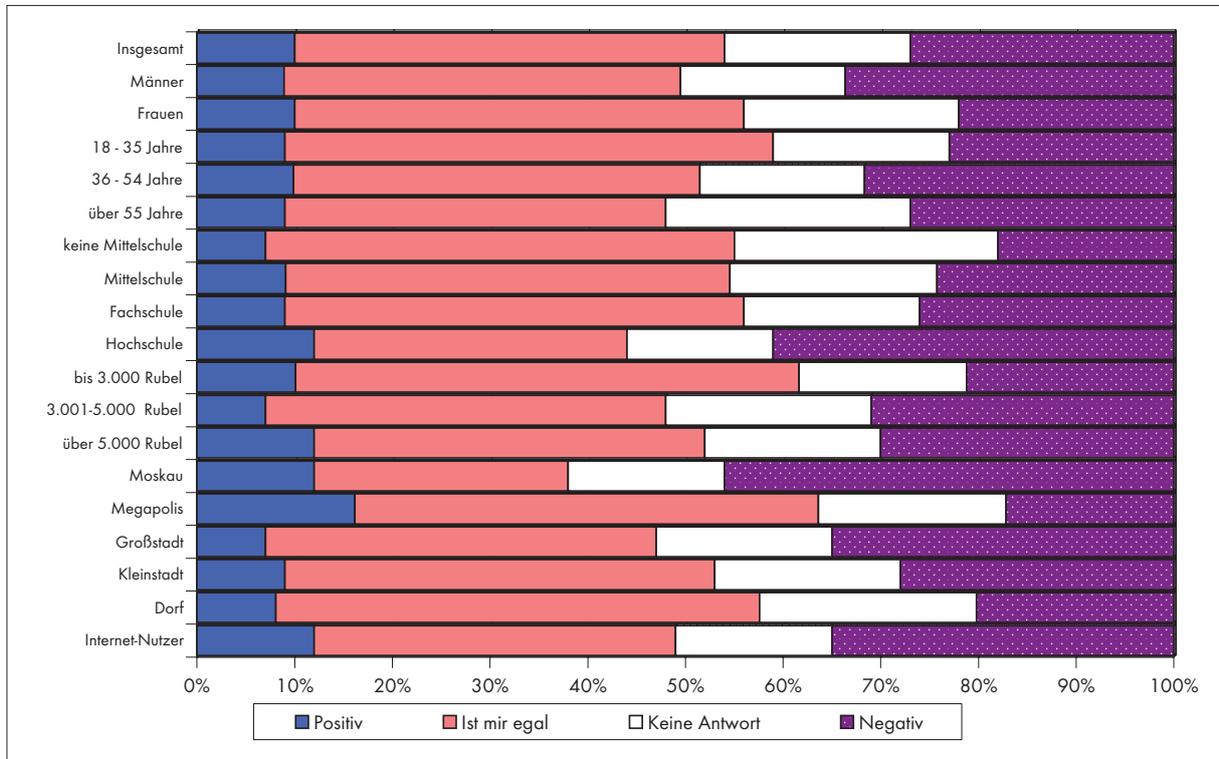
#### Russen über die Unabhängigkeit des Kosovo

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.2.2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0809/d080922>

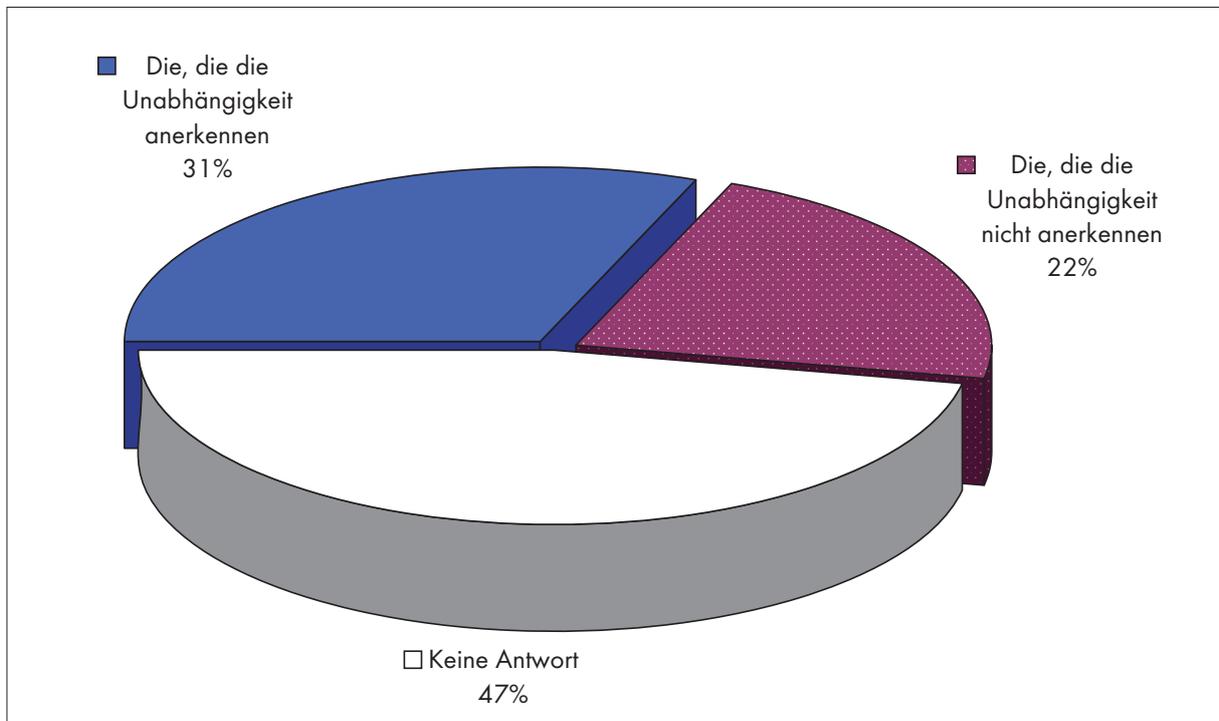
Vor einigen Tagen hat das Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien ausgerufen. Wissen Sie etwas darüber?



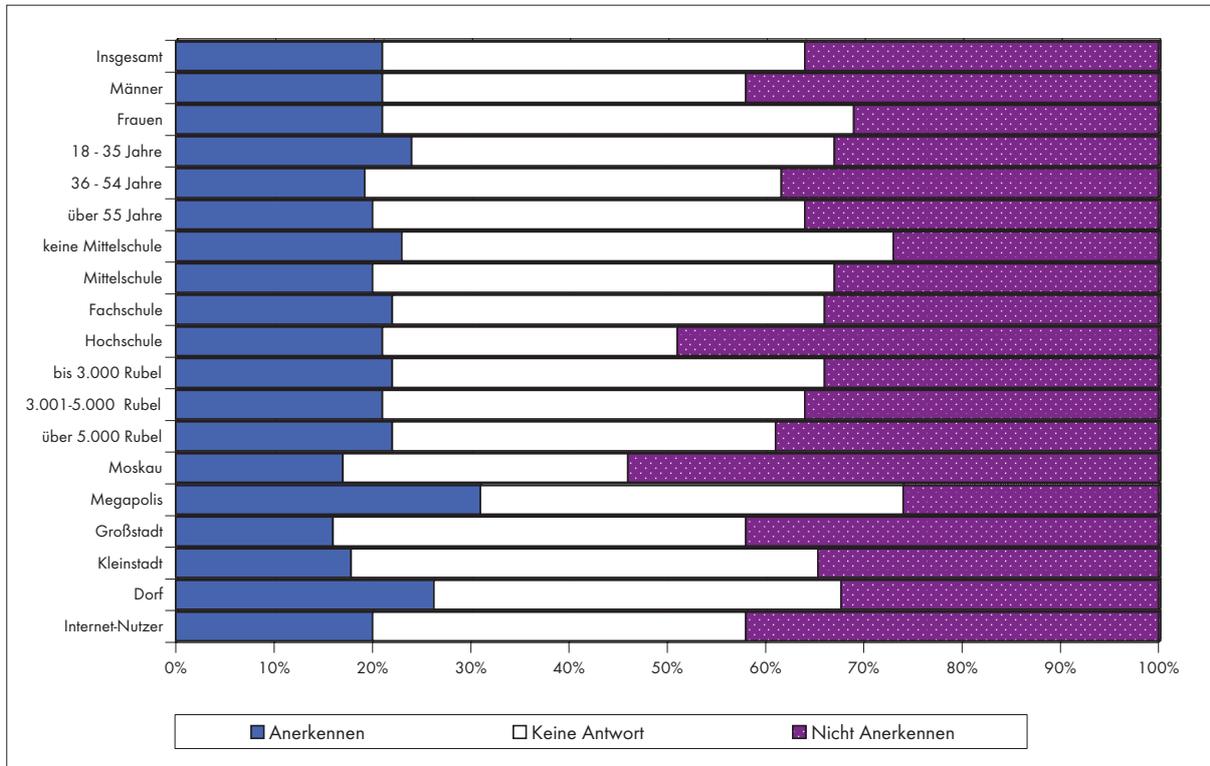
### Wie stehen Sie zur Unabhängigkeit des Kosovo?



### Was meinen Sie, wer ist in der Überzahl: die Länder, die die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen, oder die, das nicht tun?



### Soll Russland die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen?

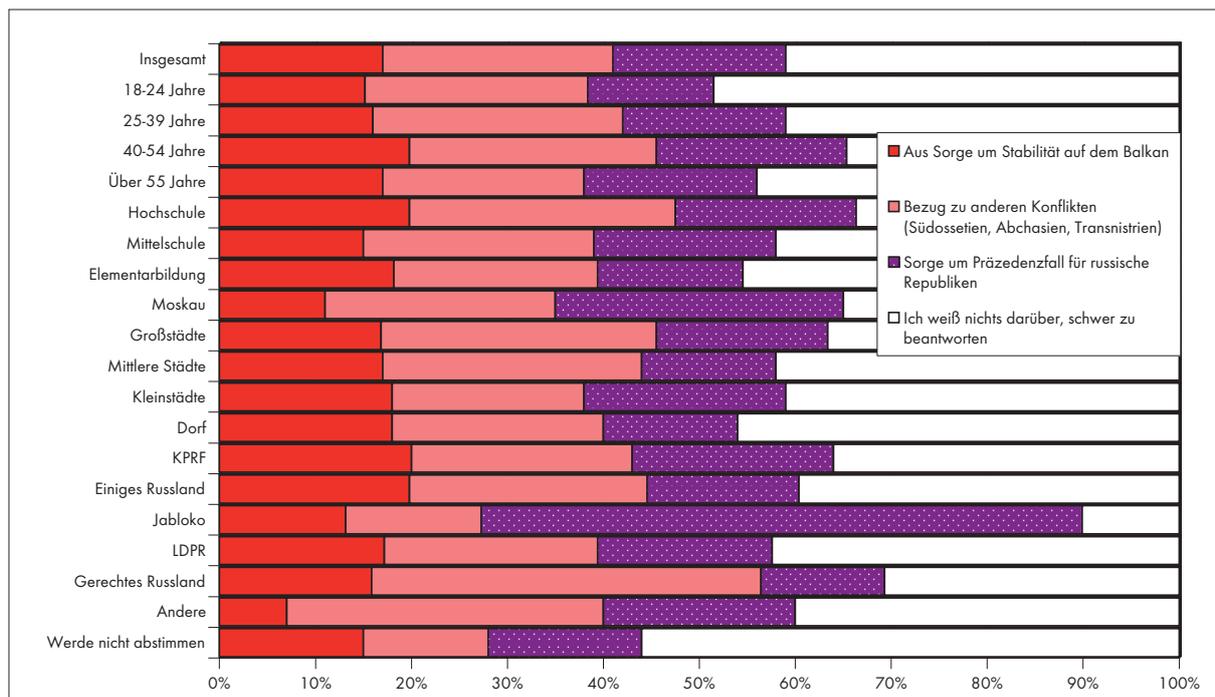


### Kosovo, Russland und die »eingefrorenen Konflikte«

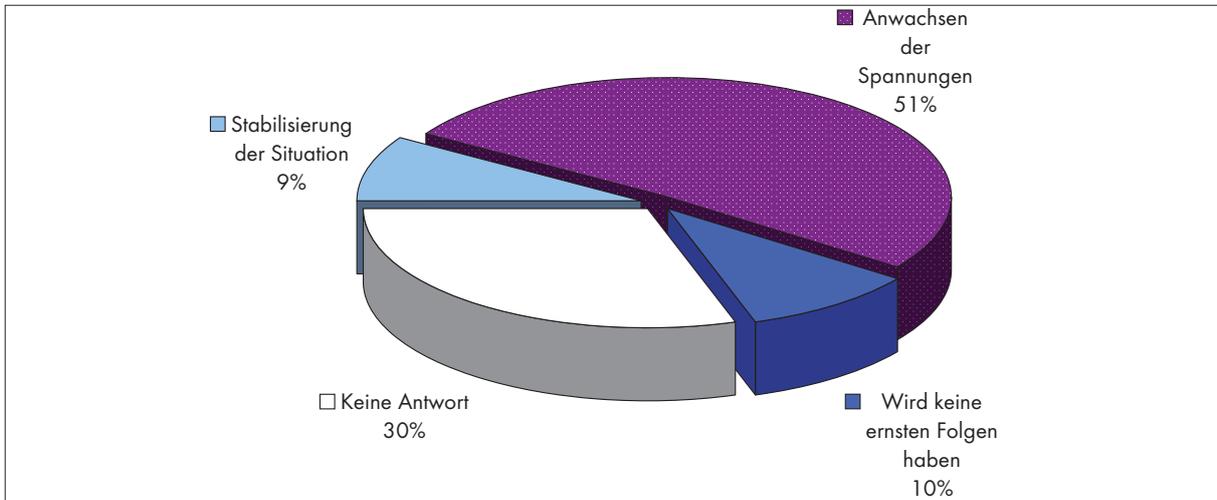
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom November 2007 und Februar 2008

<http://www.levada.ru./press/2007121101.html> bzw. <http://www.levada.ru./press/2008030408.html>

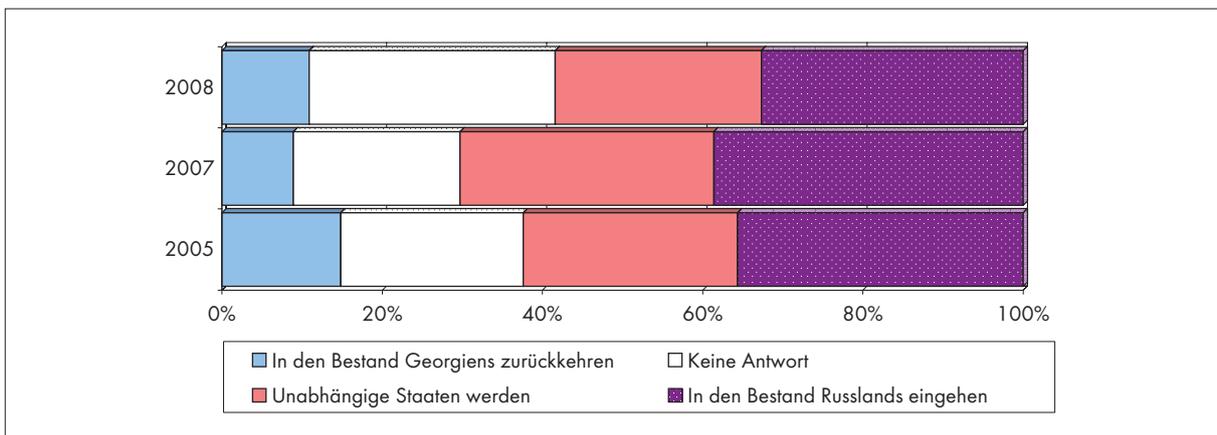
### Warum reagiert die russische Führung so scharf auf die Unabhängigkeit des Kosovo?



### Welche Folgen wird die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo haben?



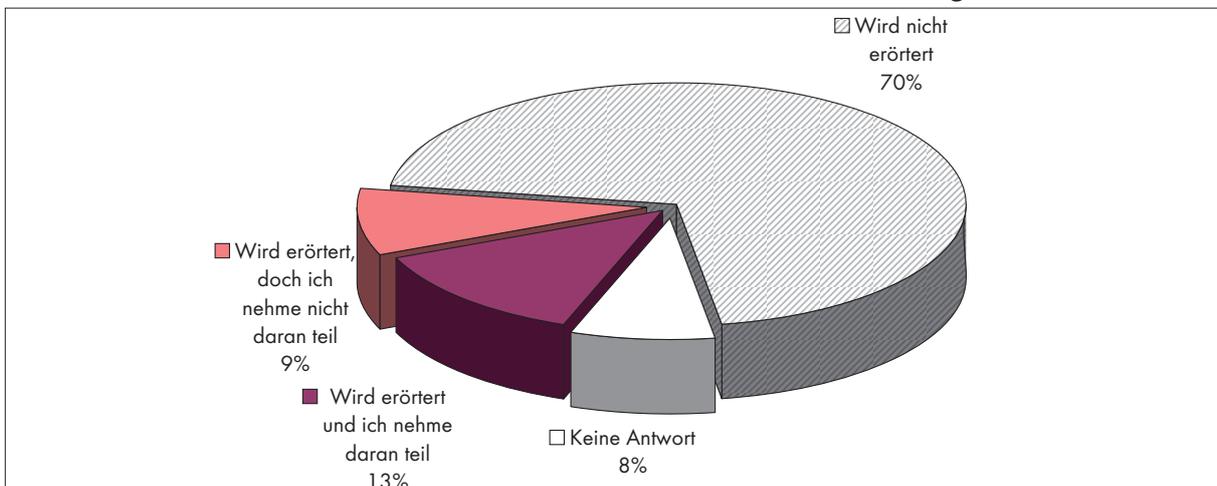
### Abchasien und Südossetien sollen ...



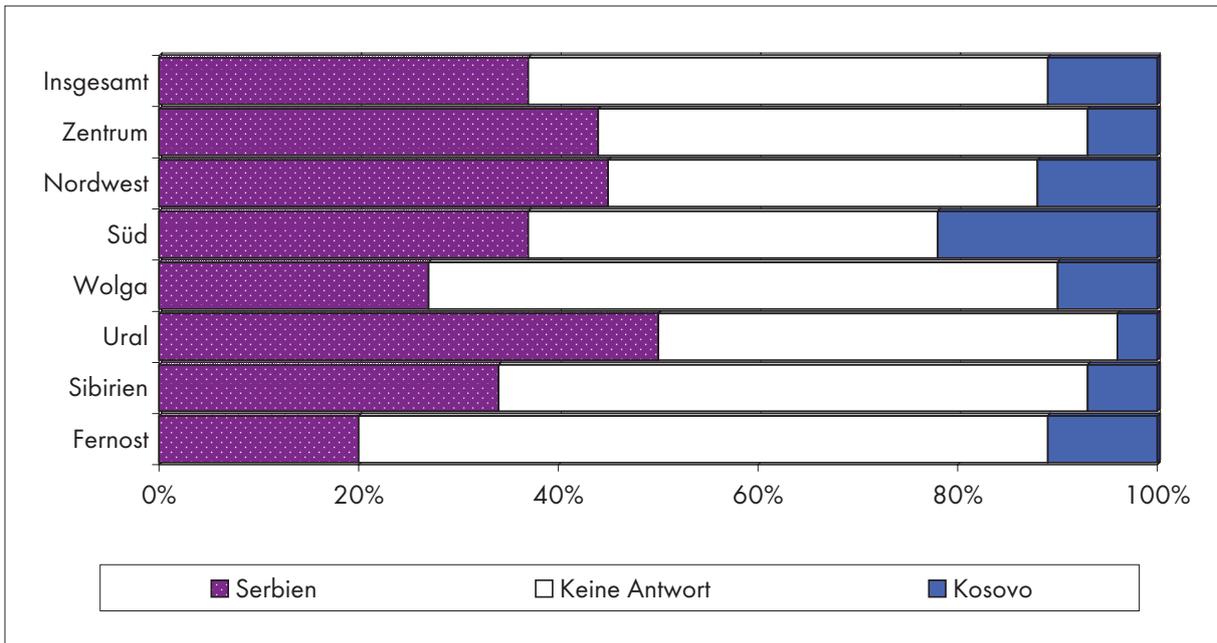
### Kosovo, Serbien und die EU

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 8.–9.3.2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9828.html>

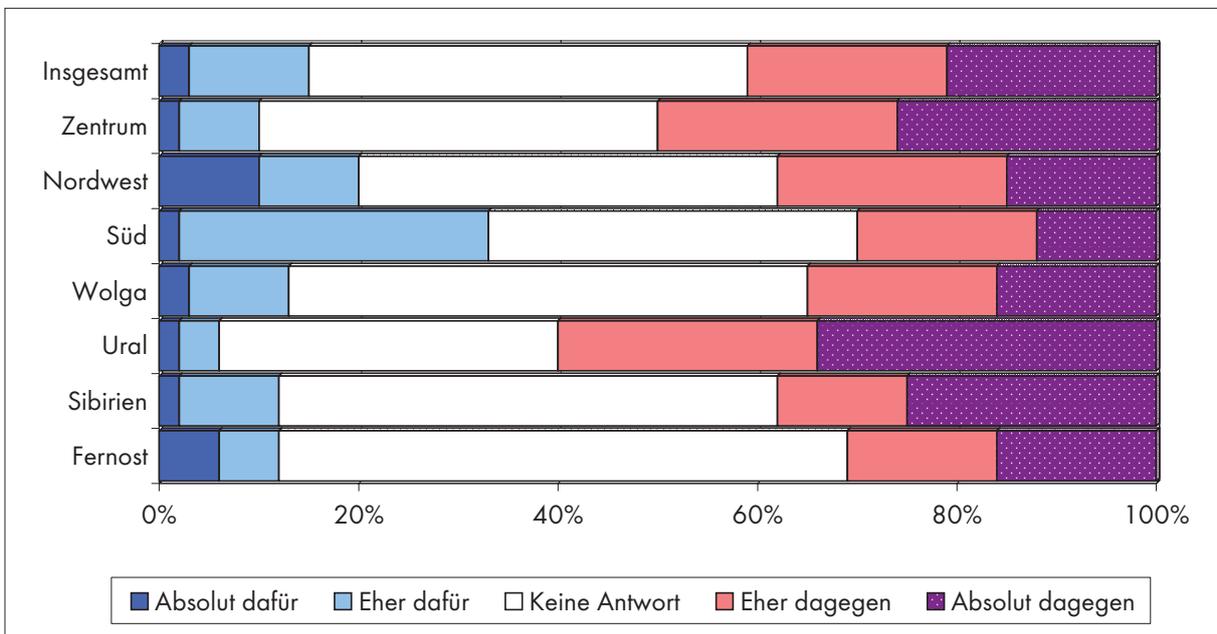
### Wird das Thema Kosovo in Ihrer Familie, in Ihrem Bekannten- und Kollegenkreis erörtert?



Serbien erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an. Welche Seite soll Ihrer Meinung nach Russland in diesem Konflikt unterstützen?



Einige Länder der EU und die USA haben die Unabhängigkeit des Kosovos anerkannt. Wie stehen Sie dazu?



## Umfrage

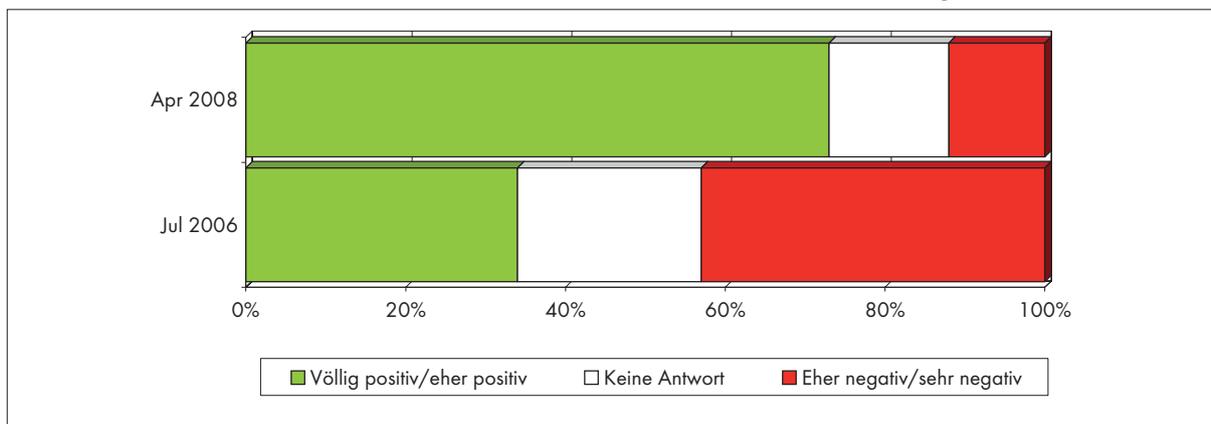
### Am Vorabend des Präsidentenwechsels

Am 7. Mai findet die Inauguration Dmitrij Medwedews als Präsident Russlands statt. In der russischen politischen Klasse und in der Bevölkerung ist die Unsicherheit groß, wie Medwedew sein Amt führen und wie er sich mit seinem Vorgänger Putin arrangieren wird. Die Bevölkerung beschäftigt auch die Frage, welche Rolle Putin in Zukunft einnehmen wird. Der Parteitag von »Einiges Russland«, der Putin zu seinem Vorsitzenden bestimmte, hat hier nur partiell Klarheit gebracht. Die Umfragen der drei großen Meinungsforschungsinstitute vermitteln einen Eindruck von der Stimmung.

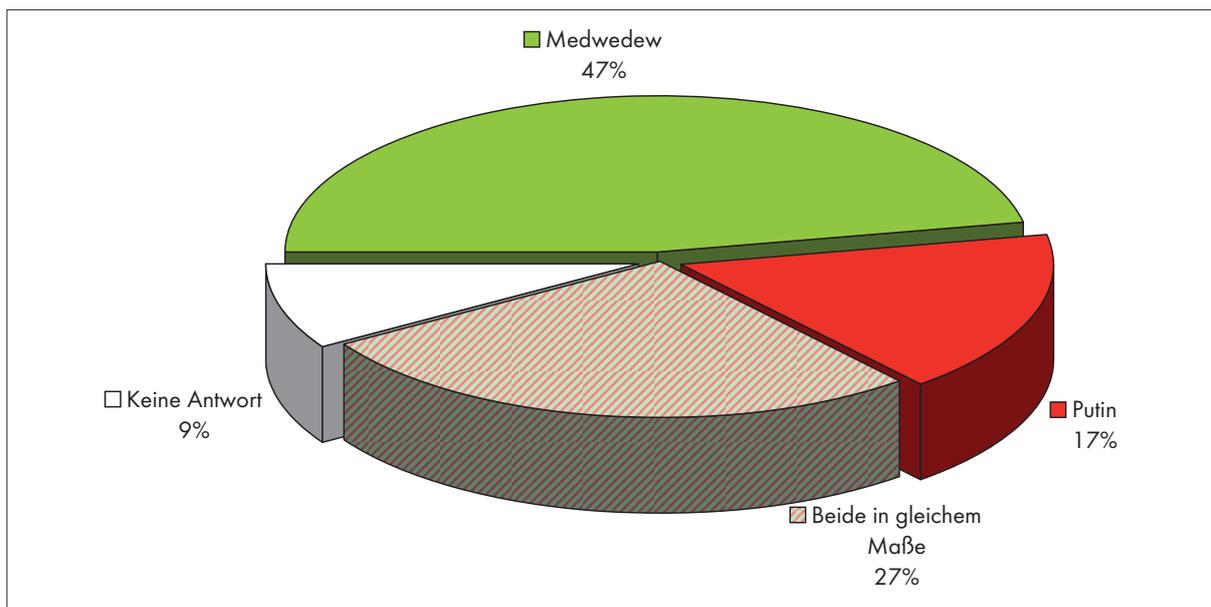
### Putin und Medwedew

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14. April 2008 <http://www.levada.ru/press/2008041701.html>

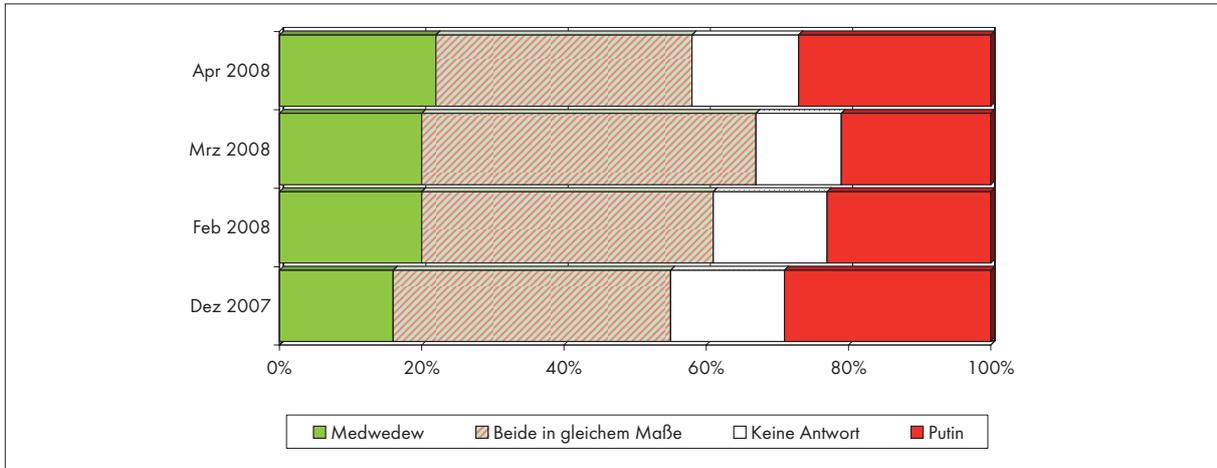
Wie fänden Sie es, wenn Wladimir Putin der Parteivorsitzende von »Einiges Russland« würde?



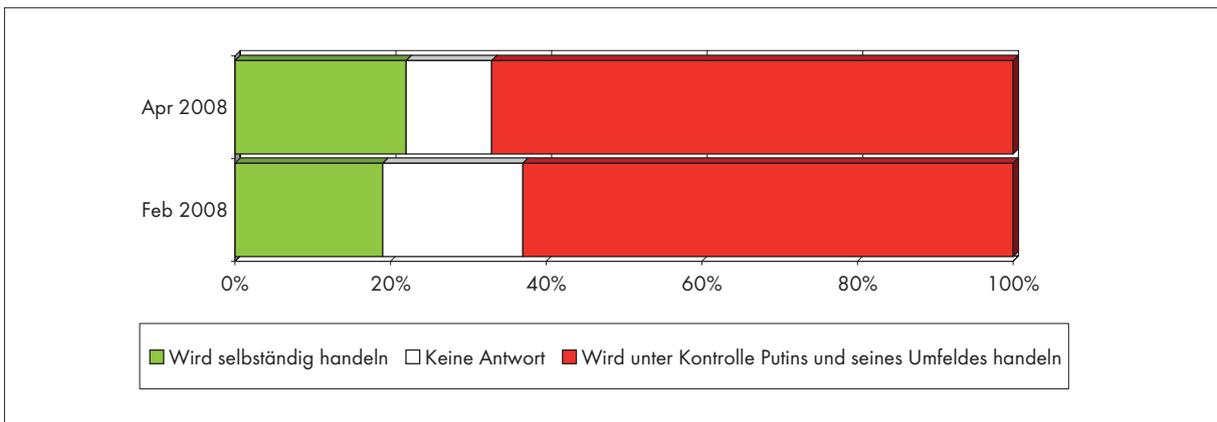
Wer sollte nach der Wahl Dmitrij Medwedews zum Präsidenten Russlands die reale Macht in den Händen halten?



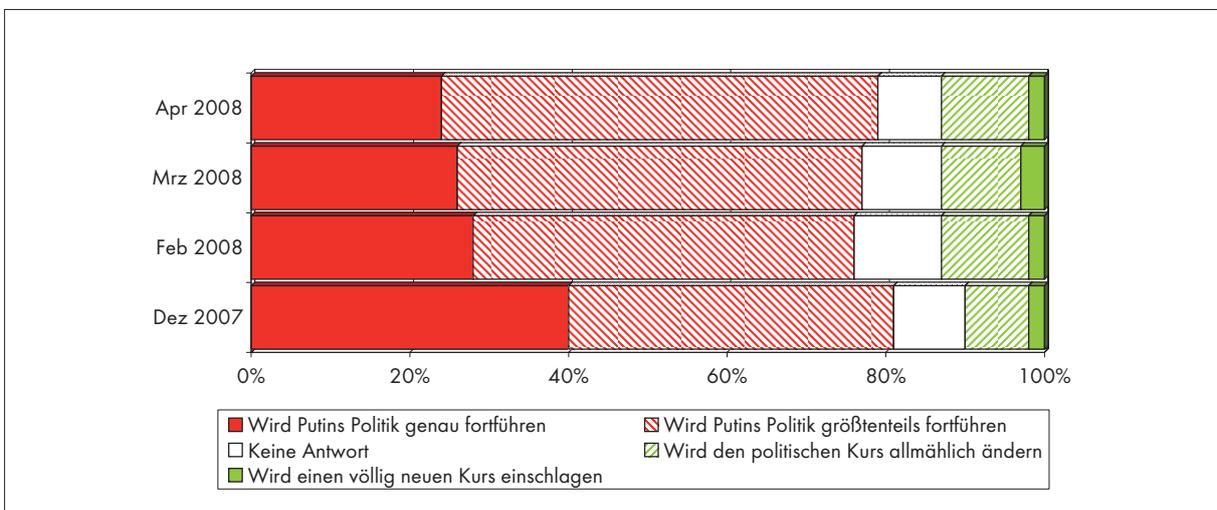
**Wer wird nach der Wahl Dmitrij Medwedews zum Präsidenten Russland die reale Macht in den Händen halten?**



**Wird Dmitrij Medwedew nach der Wahl zum Präsidenten Russlands selbständig handeln oder unter Kontrolle Wladimir Putins und seines Umfeldes?**



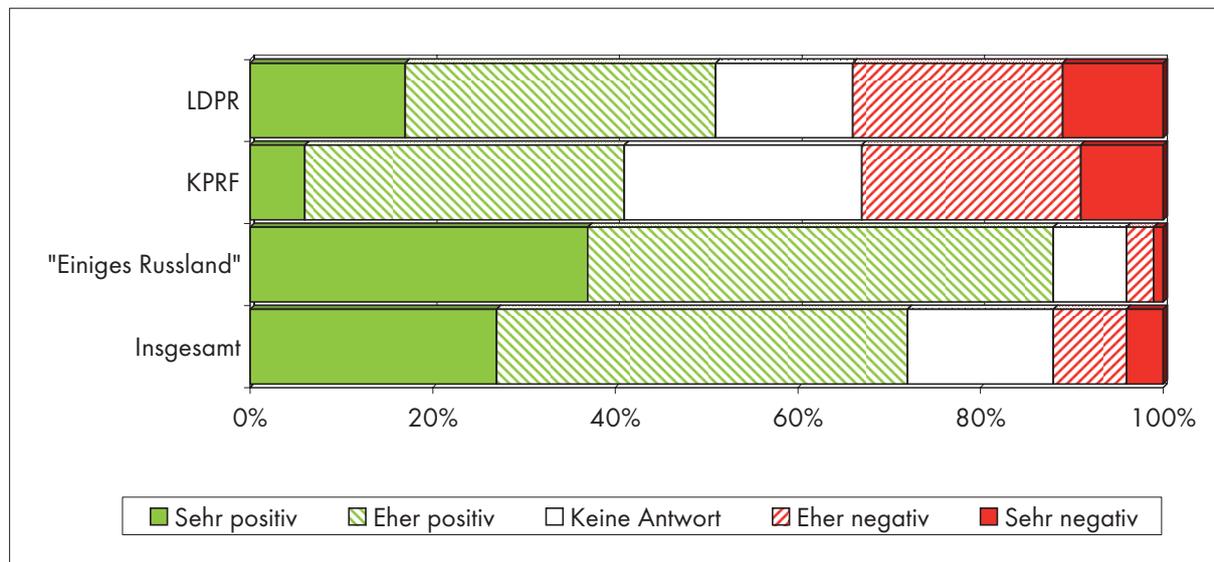
**Wird Dmitrij Medwedew Putins Politik fortführen oder einen völlig neuen Kurs einschlagen?**



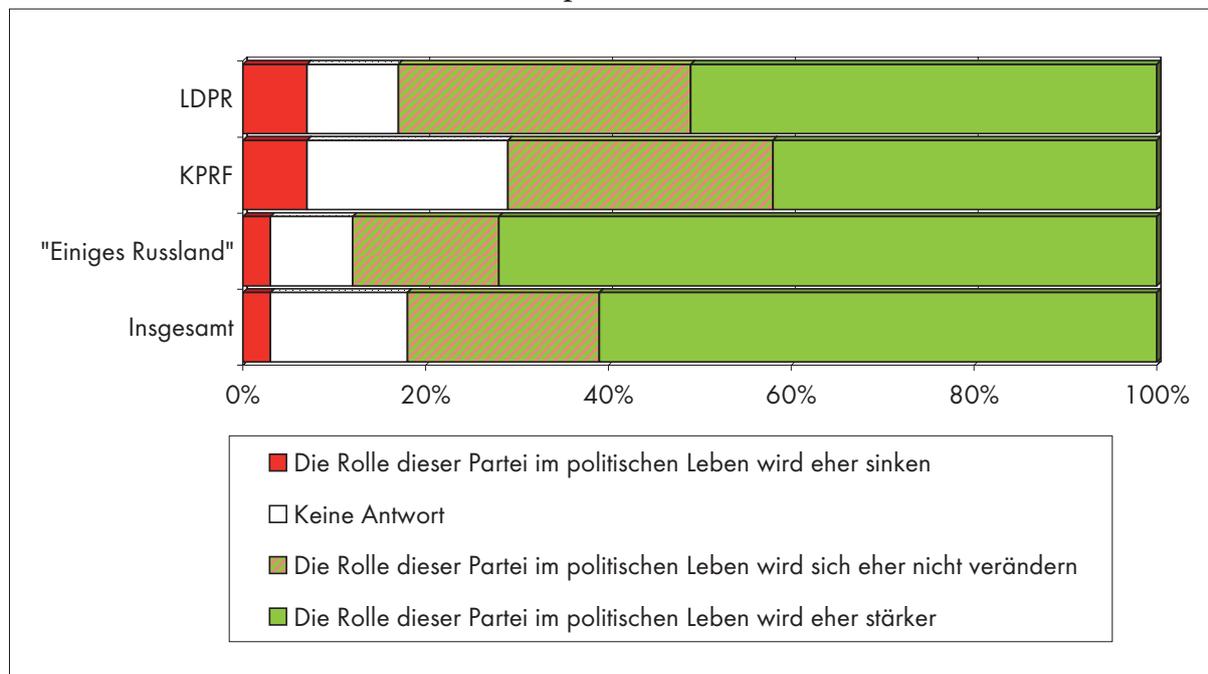
## Der Parteitag von »Einiges Russland«: Eine Bilanz

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. April 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10075.html>

Auf dem Parteitag hat sich Wladimir Putin bereit erklärt, den Posten des Vorsitzenden der Partei »Einiges Russland« zu übernehmen. Wie würden Sie diese Entscheidung Putins bewerten?



In Russland wurde ein neuer Präsident, Dmitrij Medwedjew, gewählt. Wladimir Putin übernimmt den Posten des Regierungschefs und stellt sich an die Spitze der Partei »Einiges Russland«. Wie sehen Sie die zeitnahen Perspektiven dieser Partei?



**Wodurch ist dieser Parteitag bei Ihnen in Erinnerung geblieben, durch welche Ereignisse, Entscheidungen, Diskussionen? (Offene Frage, bis zu drei Antworten; Prozentanteil derer, die über den Parteitag wissen, etwas davon gehört haben)**

W. Putins Entscheidung, sich an die Spitze der Partei »Einiges Russland« zu stellen, Putins Rede	37 %
Es wurden sozialwirtschaftliche Probleme Russlands (Armut, Korruption, Arbeitslosigkeit u.a.) diskutiert	5 %
D. Medwedews Entscheidung, nicht in die Partei »Einiges Russland« einzutreten, Rede D. Medwedews	4 %
Es wurde das Entwicklungsprogramm bis 2020 diskutiert	2 %
Augenwischerei, Schauspielerei	1 %
Es wurden Probleme kleiner Unternehmen diskutiert	1 %
Ich weiß nicht	39 %
Keine Antwort	17 %

**Wie schätzen Sie die Rolle und die Bedeutung der Partei »Einiges Russland« im politischen Leben unseres Landes ein? (Offene Frage, eine Antwort)**

Eine führende Rolle und große Bedeutung, die stärkste Partei, die die Mehrheit in der Staatsduma hält	24 %
Bestimmt die Politik des Staates	6 %
Trägt zur Verbesserung des Lebensstandards im Land	6 %
Realisiert W. Putins Entscheidungen	3 %
Eine unbedeutende Rolle	2 %
Eine negative Bedeutung – sie kümmern sich nur um eigene Bedürfnisse und nicht um das Volk	2 %
Keine Antwort	57 %

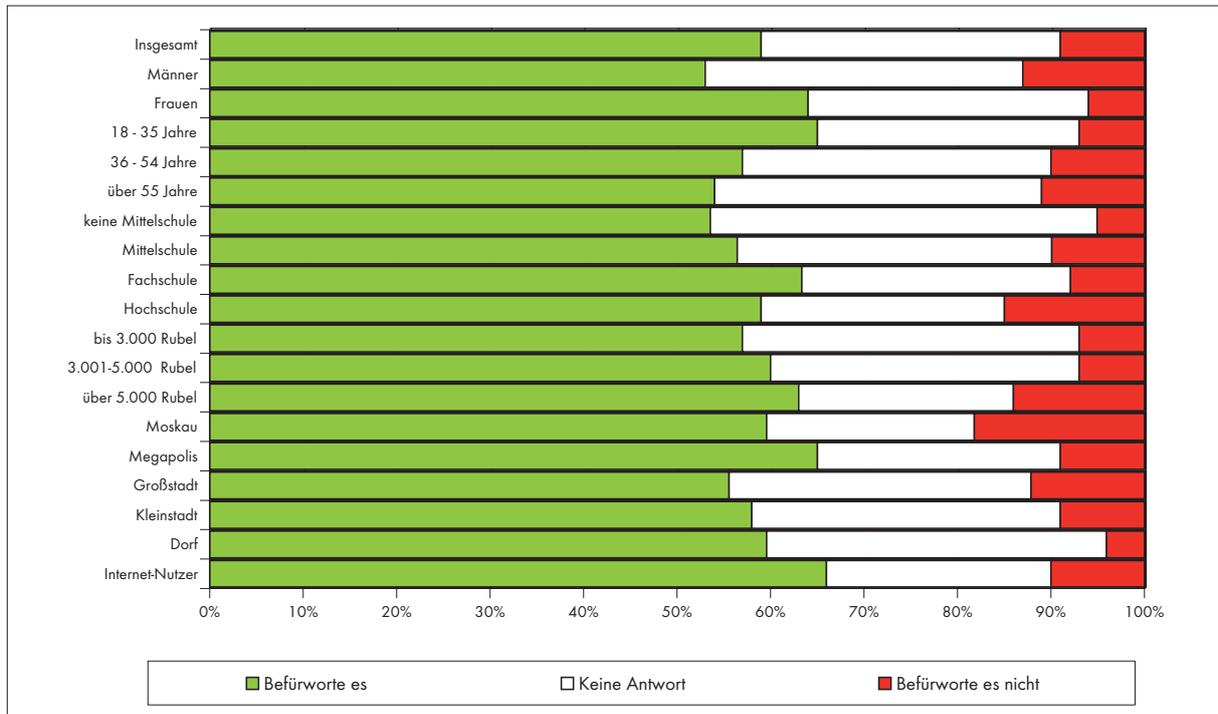
**Auf dem Parteitag hat sich Wladimir Putin bereit erklärt, den Posten des Vorsitzenden der Partei »Einiges Russland« zu übernehmen. Wie würden Sie diese Entscheidung Putins bewerten?**

	Insgesamt	Anhänger politischer Parteien		
		»Einiges Russland«	KPRF	LDPR
Sehr positiv	27 %	37 %	6 %	17 %
Eher positiv	45 %	51 %	35 %	34 %
Eher negativ	8 %	3 %	24 %	23 %
Sehr negativ	4 %	1 %	9 %	11 %
Keine Antwort	16 %	8 %	26 %	15 %

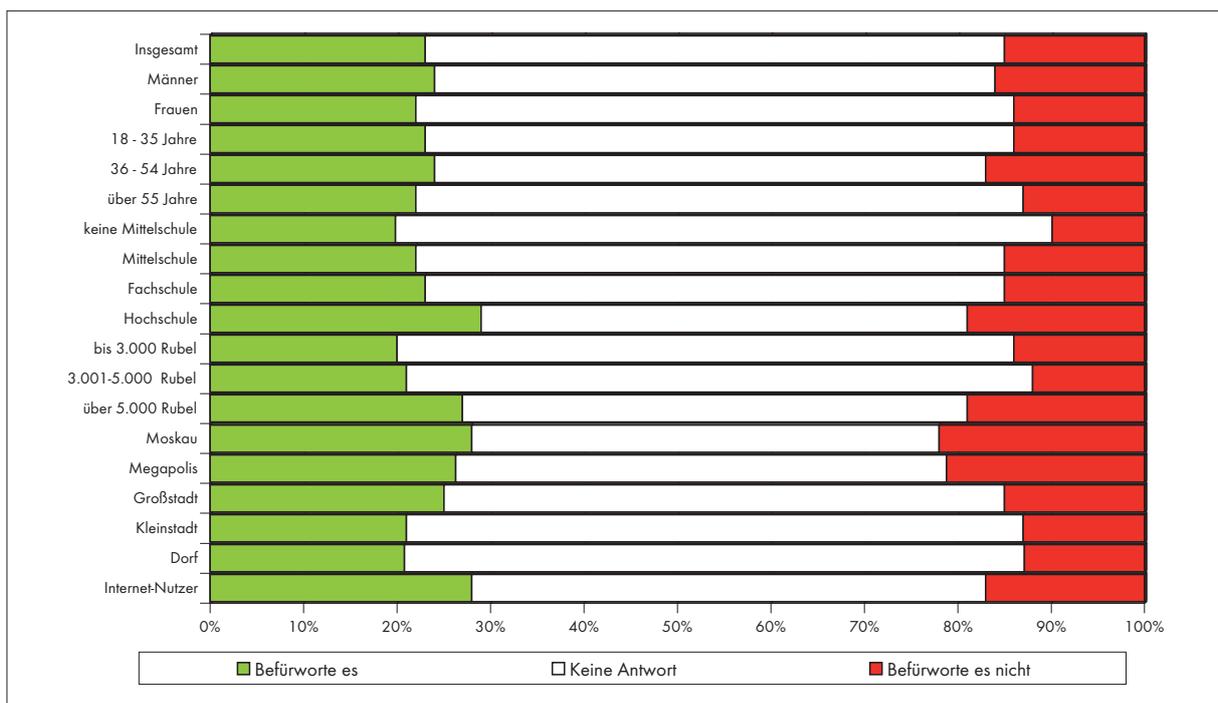
## Putin und das »Einige Russland«

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 19.–20. April 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom0816/d081622>

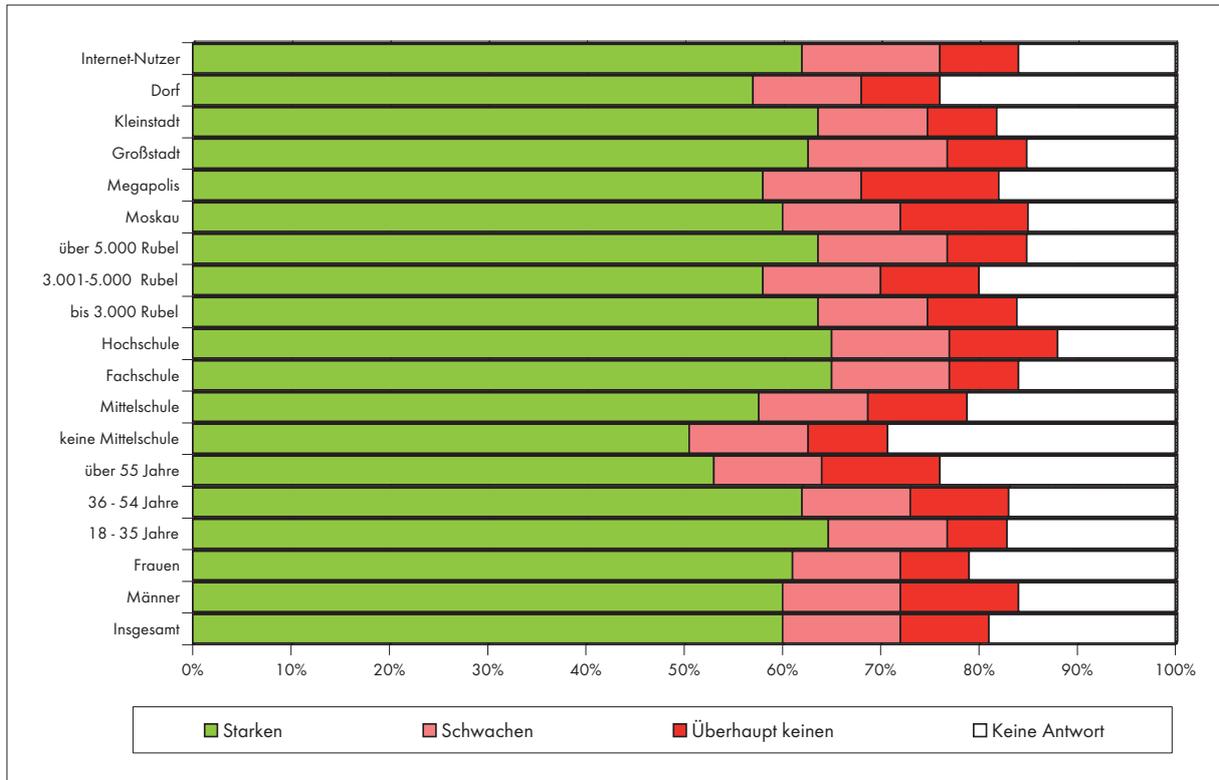
Wie stehen Sie dazu, dass sich W. Putin bereit erklärt hat, die Partei »Einiges Russland« anzuführen?



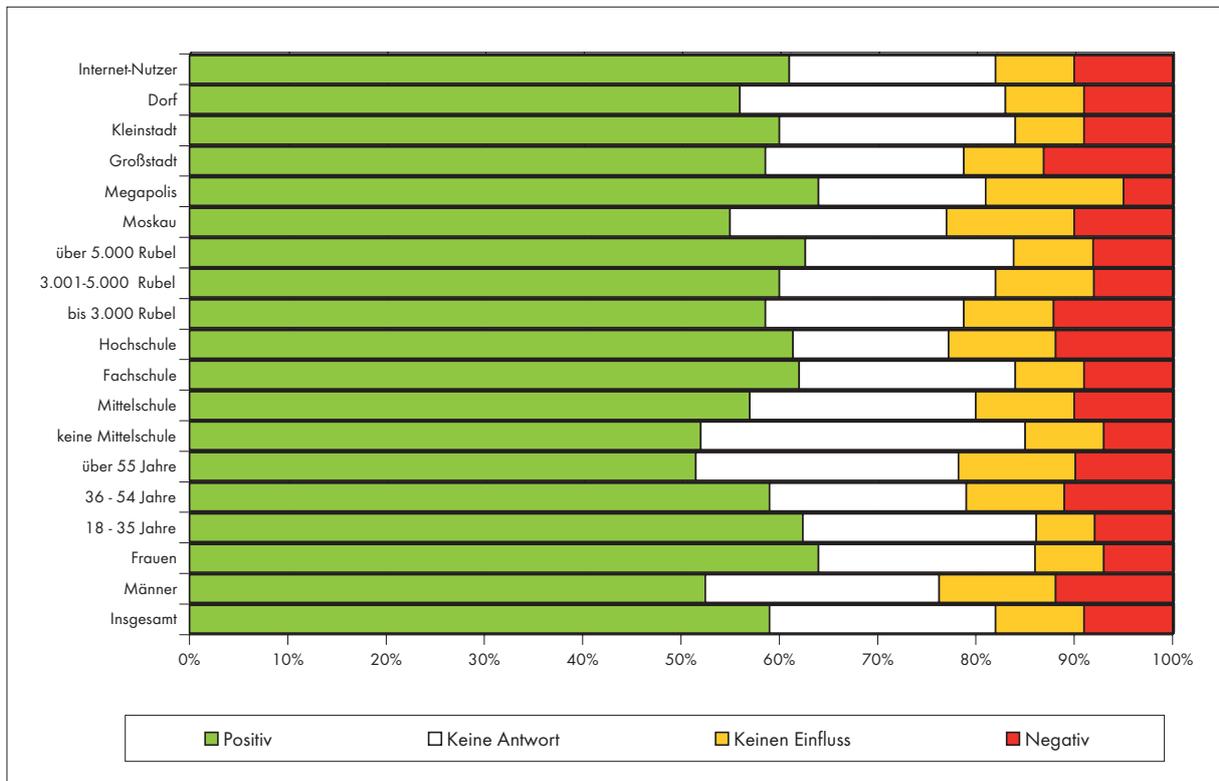
Wie stehen Sie dazu, dass W. Putin nicht in die Partei »Einiges Russland« eingetreten ist?



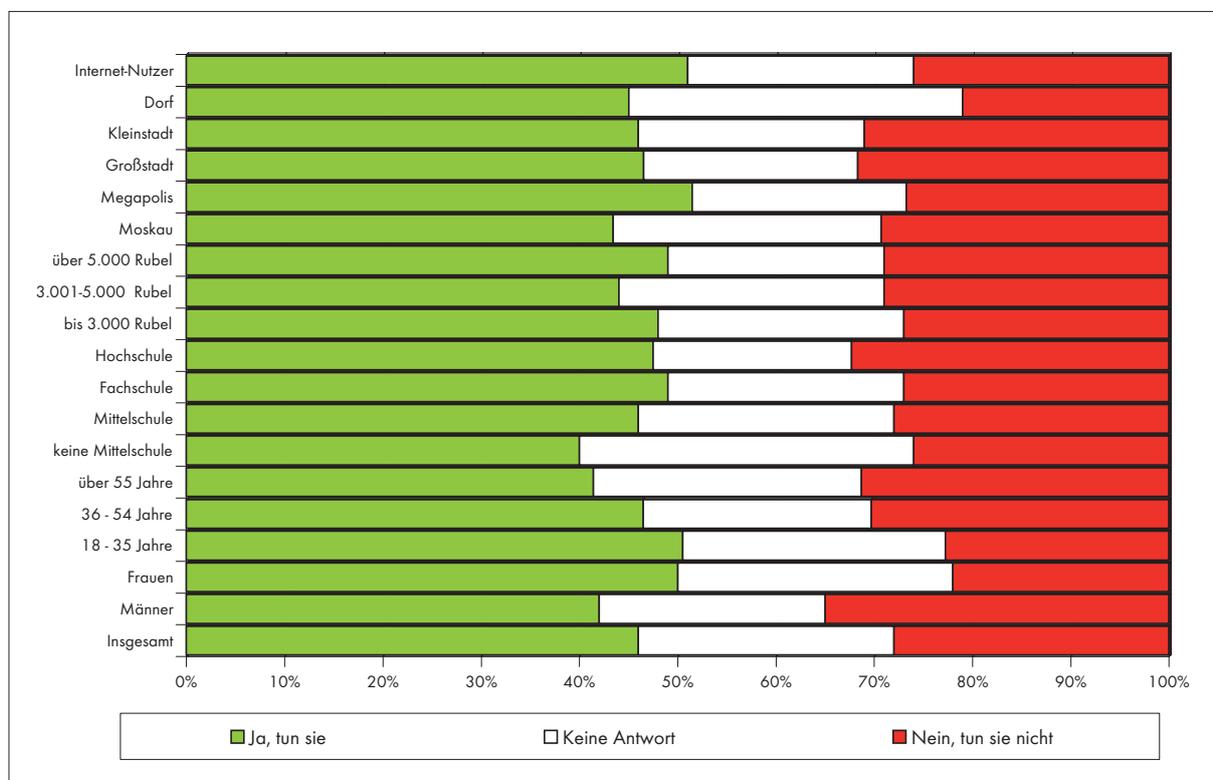
### Welchen Einfluss nimmt »Einiges Russland« auf die Lage im Land?



### Hat »Einiges Russland« einen positiven oder einen negativen Einfluss auf die Lage im Land?



### Entsprechen die Ziele der Partei »Einiges Russland« den Interessen solcher Menschen wie Sie?



### Welche Aufgaben soll der künftige Präsident lösen?

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 16.–17. Februar 2008

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10012.html>

### Was würden Sie für die größte Leistung eines künftigen Präsidenten auf dem Feld der internationalen Beziehungen halten? (Offene Frage, bis zu drei Antworten)

	Insgesamt	Wohnorttyp				
		Moskau und St. Petersburg	Mehr als 500 000 Einwohner	100 000 – 500 000 Einwohner	Weniger als 100 000 Einwohner	Dörfer
Herstellung freundschaftlicher, friedlicher Beziehungen mit allen Ländern, Verhinderung militärischer Konflikte	12 %	18 %	14 %	11 %	9 %	13 %
Russland zu einem starken, autoritativen und geachteten Land machen	10 %	18 %	7 %	7 %	10 %	10 %

Was würden Sie für die größte Leistung eines künftigen Präsidenten auf dem Feld der internationalen Beziehungen halten? (Offene Frage, bis zu drei Antworten) (Fortsetzung)

	Insgesamt	Wohnorttyp				
		Moskau und St. Petersburg	Mehr als 500 000 Einwohner	100 000 – 500 000 Einwohner	Weniger als 100 000 Einwohner	Dörfer
Vereinigung der Länder der ehemaligen GUS, Herstellung nachbarschaftlicher Beziehungen	5 %	12 %	2 %	5 %	4 %	4 %
Konzentration auf die Verteidigung interner Interessen des Landes	2 %	6 %	2 %	2 %	3 %	2 %
Durchführung eigener Politik, keine Orientierung nach dem Westen	2 %	5 %	3 %	2 %	2 %	1 %
Fortführung derzeitiger internationaler Politik	2 %	4 %	1 %	3 %	2 %	2 %
Eintritt Russlands in die WTO	1 %	1 %	1 %	1 %	-	0 %
Freundschaftliche Beziehungen mit europäischen Ländern	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %
Harte Politik gegen die USA	1 %	2 %	3 %	-	1 %	1 %
EU-Beitritt	1 %	2 %	1 %	0 %	0 %	0 %
Einschränkung der NATO-Tätigkeit	1 %	2 %	1 %	0 %	1 %	0 %
NATO-Beitritt Russlands	0 %	2 %	-	-	0 %	-
Freundschaftliche Beziehungen mit den USA	0 %	1 %	2 %	-	-	-
Anderes	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Keine Antwort	64 %	34 %	62 %	69 %	68 %	70 %

Was würden Sie für die größte Errungenschaft eines künftigen Präsidenten auf dem Feld der Sozialpolitik halten? (Offene Frage, bis zu drei Antworten)

	Insgesamt	Alter, Jahre				
		18-24	25-34	35-44	45-59	60 und älter
Erhöhung des Wohlstandes der Bevölkerung, Kampf gegen Armut	17 %	16 %	17 %	18 %	15 %	16 %
Rentenerhöhung, ein würdiges Leben für Rentner	12 %	9 %	10 %	10 %	14 %	15 %
Erhaltung einer kostenlosen Bildung	5 %	3 %	5 %	6 %	5 %	4 %
Schaffen eines kostenlosen, qualitativen Gesundheitswesens	4 %	1 %	5 %	4 %	6 %	4 %
Zurückgabe von Vergünstigungen für sozial schwache Bevölkerungsgruppen	4 %	2 %	5 %	3 %	5 %	6 %
Schaffen erschwinglicher Wohnungen	4 %	7 %	6 %	4 %	4 %	1 %
Inflationssenkung	3 %	3 %	3 %	3 %	2 %	3 %
Erhöhung des Kindergeldes, der Unterstützung für Mütter	2 %	2 %	3 %	3 %	2 %	2 %
Senkung von Verwahlungsfällen	1 %	-	-	0 %	0 %	1 %
Kampf gegen Korruption, Kriminalität	1 %	-	1 %	0 %	0 %	1 %
Verwirklichung nationaler Projekte	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
Entwicklung der Landwirtschaft	1 %	-	0 %	0 %	0 %	2 %
Stabilisierung der Lage im Land	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
Verbesserung der demographischen Situation	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	2 %
Entwicklung der Industrie	1 %	0 %	2 %	2 %	0 %	1 %
Schaffen von Arbeitsplätzen	1 %	1 %	0 %	2 %	2 %	1 %
Senkung der Arbeitslosigkeit	0 %	1 %	0 %	0 %	-	1 %
Anderes	3 %	1 %	3 %	2 %	2 %	4 %
Keine Antwort	54 %	61 %	54 %	50 %	52 %	53 %

**Chronik**
**Vom 16. April bis zum 1. Mai 2008**

16.4.2008	Putin beauftragt die Regierung, das Verhältnis zu den international nicht anerkannten Republiken Nordossetien und Abchasien zu regulieren und ihnen wirtschaftliche und soziale Hilfe zu gewähren. Diese Maßnahme ruft in Georgien Besorgnis hervor, da man eine Annexion der Gebiete durch Russland befürchtet.
16.4.2008	Das tschetschenische Parlament appelliert an den russischen Verteidigungsminister, das Bataillon Wostok, das Teil der 42. MotSchützen-Division ist, aufzulösen.
17.4.2008	In Moskau wird Maksim Kosenko, der Verwaltungschef der Stadt Tambow, verhaftet, da er angeblich eine Person gegen ihren Willen festgehalten und von Moskau nach Tambow verbracht hat.
17.4.2008	Auf dem Weg nach Libyen macht Putin in Porto Rotondo (Sardinien) Station, um sich mit dem neu gewählten italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi zu treffen.
17.4.2008	In der Pressekonferenz nach dem Treffen mit Berlusconi dementiert Putin die Meldung der Boulevardzeitung »Moskowskij korrespondent«, er sei von seiner Frau geschieden und wolle die Gymnastik-Olympiasiegerin Alina Kabajewa heiraten.
17.4.2008	Staatsbesuche Präsident Putins in Libyen. Putin und Dmitrij Medwedew, der ihn begleitet, führen Gespräche mit Ghaddafi über Wirtschafts- und Energiefragen. Die russische Regierung erklärt sich bereit, die libyschen Schulden in Höhe von 4,5 Mrd. US\$ abzuschreiben. Im Gegenzug schließt Libyen Verträge mit russischen Unternehmen ab. U. a. geht es um den Bau von Eisenbahnen, um Rüstungslieferungen und um Rahmenabkommen zwischen Gazprom und der staatlichen libyschen Öl- und Gaskorporation.
17.4.2008	Semjon Wajnschtok legt sein Amt als Vorsitzender von Olimpstroj nieder. Olimpstroj soll die Olympischen Spiele 2014 in Sotschi organisieren. An seine Stelle tritt der Bürgermeister von Sotschi, Viktor Kolodjashnyj.
18.4.2008	Artjom Artemow, der Generaldirektor der »National Media Company«, der u. a. die Zeitung »Moskowskij korrespondent« herausgibt, teilt mit, dass »Moskowskij korrespondent« sein Erscheinen aus Kostengründen und wegen Differenzen über das Zeitungskonzept einstellt.
20.4.2008	Über abchasischem Gebiet wird eine georgische Aufklärungsdrohne abgeschossen. Die Umstände sind umstritten.
21.4.2008	Sprecher des Unternehmens Atomstrojeksport teilen mit, dass der aserbaidchanische Zoll eine Anzahl russischer LKWs mit Ausrüstung für das iranische Atomkraftwerk in Bushehr an der Grenze festhält. Das aserbaidchanische Außenministerium verlangt Auskunft über die Ladung, insbesondere will es Informationen, ob die Lieferung unter die UN-Sanktionen falle.
21.4.2008	Alexander Bastyrykin, der Vorsitzende des »Untersuchungskomitees«, entlässt Dmitrij Dowgij, den Leiter der Hauptuntersuchungsabteilung des Komitees. Ihm wird Amtsmissbrauch und Korruption vorgeworfen. Unter Dowgij's Leitung wurden u. a. der Stellvertretende Finanzminister Sergej Stortschak, Generalleutnant Alexander Bulbow von der Antidrogenbehörde und Wladimir Barsukow, der Chef einer St. Petersburger Verbrecherorganisation verhaftet.
22.4.2008	Das russische Außenministerium wirft Georgien vor, mit der Entsendung der Drohne in abchasisches Gebiet die Waffenstillstandsbedingungen verletzt zu haben.
22.4.2008	Alexander Tschernogorow, der Gouverneur von Stawropol, tritt von seinem Amt zurück.
23.4.2008	Die Zeitung »Gaseta« meldet, dass Valerij Chomizkij, höherer Untersuchungsbeamter für besonders wichtige Fälle beim »Untersuchungskomitee«, entlassen worden ist.
23.4.2008	Auf dem Nowodewitschij-Friedhof wird am Jahrestag von Jelzins Tod eine Skulptur enthüllt. Wladimir Putin spricht bei der Zeremonie.

24.4.2008	In Naltschik beginnt der Prozess gegen 58 Personen, die beschuldigt werden, im Oktober 2005 an Angriffen auf Polizei und Sicherheitskräfte teilgenommen zu haben.
25.4.2008	Der Verfassungsausschuss der Duma bringt ein Gesetz ein, das die Kompetenzen des Ministerpräsidenten neu definiert. Die Novelle überträgt 500 der 3.000 Aufgaben, die in die Verantwortung des Kabinetts fallen, auf niedrigere Instanzen und entlastet den Ministerpräsidenten von technischen Aufgaben.
25.4.2008	Putin unterzeichnet einen Erlass, mit dem drei neue Positionen im Apparat des Ministerpräsidenten geschaffen werden. Nunmehr gibt es einen Leiter des Pressesekretariats, einen Chef des Protokolls und einen Verantwortlichen für die Vorbereitung der öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten.
25.4.2008	Valerij Kenjajkin, Botschafter für besondere Aufgaben, erklärt in Moskau auf einer Pressekonferenz, dass Russland im Falle eines militärischen Vorgehens gegen Georgien gegen Abchasien und Südossetien gezwungen sei, militärisch einzugreifen, um seine Bürger zu schützen.
26.4.2008	Putin empfängt den japanischen Ministerpräsidenten Jasuo Fukuda in Nowo Ogarowo. Sie diskutieren u. a. die Kurilenfrage.
26.4.2008	Das georgische Außenministerium erklärt in Reaktion auf russische Äußerungen, dass die russische Politik »eine extrem gefährliche militärische Dimension« erreicht habe.
28.4.2008	Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Aleksej Miller, führt in Rom Gespräche mit Paolo Scaroni, dem Chef des italienischen Energiekonzerns ENI, und Ministerpräsident Romano Prodi, der sein Amt in Kürze abgeben wird. Prodi lehnt ein Angebot ab, an die Spitze des South Stream Projekts zu treten.
29.4.2008	Freedom House veröffentlicht seinen jährlichen Bericht zum Stand der Pressefreiheit. Russland erhält die Einstufung »not free« und rangiert in einer Klasse mit Sudan, Kasachstan und Jemen.
29.4.2008	In Teheran führen Valentin Sobolew, der amtierende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, und Said Jalili, der das entsprechende Amt im Iran einnimmt, Gespräche über iranische Nuklearpolitik.
29.4.2008	Im Kontext eines Staatsbesuches des griechischen Ministerpräsidenten Costas Karamanlis in Moskau, wird ein Abkommen unterzeichnet, mit dem Griechenland dem South Stream Projekt beitrifft.
30.4.2008	Die Zeitung »Tvoj den« meldet, dass Putin per Dekret der Regierung die Verantwortung für die Evaluation der regionalen Verwaltungen übertragen hat.
1.5.2008	Russland verstärkt das Kontingent seiner Truppen, die es im Kontext einer GUS-Friedensmission in Abchasien stationiert hat, von 2.000 auf 3.000 Mann.
1.5.2008	Beim Brand eines Touristenbusses in Ägypten, bei dem acht Personen sterben, erleiden auch 14 russische Passagiere Verletzungen.
1.5.2008	In Moskau werden 10.000 Polizisten eingesetzt, um die Demonstrationen und Versammlungen anlässlich des 1. Mai zu sichern. Insgesamt sind 170 verschiedene Veranstaltungen angemeldet. U. a. führen die KPRF, die LDPR, Jabloko, die Koalition »Das andere Russland«, sowie die regierungsnahen Parteien »Spravedlivaja Rossija« und »Edinaja Rossija« eigene Kundgebungen durch. An der Veranstaltung von »Edinaja Rossija« vor dem Moskauer Bürgermeisteramt nehmen angeblich 25.000 Personen teil.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)